

DIE LINKE.

Ausgabe II/2011
für Fachhochschule Rheydt

Bildungsstreik – Mehr als der Kampf gegen Studiengebühren

Im November sind wieder tausende SchülerInnen und Studierende auf die Straße gegangen, auch in Nordrhein-Westfalen. Stand 2009 und 2010 der Bildungsstreik noch mehrheitlich für den Kampf gegen Studiengebühren, hat sich an dem grundlegenden Problem in unserem Bildungssystem nicht viel geändert.



Weder die Finanzierung der Bildungseinrichtungen, noch die Finanzierung der Bildungswilligen ist gesichert. Und wer dann einen Studienplatz hat, kommt selten über den Bachelor Abschluss hinaus, es fehlt an einer Garantie das Studium mit einem Master-Studienplatz fortzusetzen. Doch für viele ist schon davor die Regelstudienzeit ein Problem: Längere Krankheit oder pflegebedürftige Verwandte, ein Kind oder ein abgewiesener Bafög-Antrag mit der Folge von Nebentätigkeiten, ... , vieles kann einen schnell etwas zurückwerfen.

Doch in den starr strukturierten Bachelor- und Masterstudiengängen ist kein Platz für solche kurzen Auszeiten. Die Bildungsmaschine läuft weiter, immer darauf bedacht schnell und effizient zu arbeiten. Qualität ist Nebensache. Statt der derzeitigen Massenproduktion, sollte wieder auf individuelle Betreuung gesetzt werden. Und letztlich ist die derzeitige Situation auch für die Lehrenden untragbar. Sie müssen Menschen durchs Bildungssystem schleusen und immer drauf bedacht sein, dass die Erfolgsquote stimmt.

Ab Seite 3 - Ab Januar 2012 fällt Pfändungsschutz weg!

Erfolg misst sich an Abschlüssen, Misserfolg misst sich an Abbrechnern. Sparzwänge, auch durch die Finanzkrise, bestimmen den Bildungsbereich. Wenn wir dies zulassen, dann haben wir schnell neben der Finanzkrise auch eine Gesellschaftskrise. Deswegen sind bildungspolitische Veränderungen drängender denn je. Und dabei dürfen wir uns nicht in einzelnen, kleinen Veränderungen verlieren – wir müssen eine Grundsatzfrage stellen:

Welche Aufgaben sollen die Hochschulen haben?

Erst mal müssen Hochschulen (Aus-) Bildung für alle Menschen gewährleisten, unabhängig von Herkunft, körperlicher Verfassung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion und anderen Differenzierungen! Deswegen müssen wir Zugangsbarrieren abbauen, die Abschaffung der Studiengebühren kann da nur der erste Schritt gewesen sein. Nach dem Eintritt ins Studium bedarf es kostengünstiger Unterkünfte in Hochschulnähe und vor allem eine gesicherte Finanzierung während des gesamten Studiums. Ist dies nicht gesichert, greift weiterhin die soziale Selektion. Weiter müssen Hochschulen dem Gemeinwohl dienen und nicht den Verwertungsbedürfnissen der Unternehmen. Es geht nicht darum, dass sich Hochschulbildung „rechnen muss“, sondern dass Studierende und Forschende ihren eigenen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten!

Daher müssen die Hochschulen wieder demokratisch organisiert werden. Nur durch die Mitbestimmung ihrer Mitglieder und durch die Gewährleistung gesellschaftlicher Kontrolle können die Hochschulen aus ihren unternehmerischen Ketten entlassen werden. Das heißt: Die Entscheidungskompetenzen müssen wieder beim Senat liegen und nicht beim Hochschulrat. Der Hochschulrat mag ein wichtiges Bindeglied zur Wirtschaft sein, als beratendes Organ ist er durchaus erwünscht. Doch der Hochschulrat ist mehrheitlich durch die Wirtschaft besetzt. Weiter stellt die Wirtschaft auch die „ach so entscheidenden Drittmittel“. Hochschulen mit vielen Drittmitteln, bekommen auch noch vom Land einen Bonus. In der Folge dominiert die Wirtschaft die Entscheidungen der Hochschule. Und so wird die Bildung von dem bestimmt, was jetzt verwertbar erscheint. Lösungen für die Zukunft, sind nur dann erwünscht, wenn sie auch wirtschaftlich verwertbar sind – und zwar für die Geldgebenden. Stellt Euch mal vor, Euer Fachbereich entwickelt eine Möglichkeit aus (Regen-) Wasser Wein zu machen; oder gar Öl?! Das wäre gar nicht gut – nicht für die Wirtschaftslobby. Ihr Geschäftsmodell wäre am Ende. Deswegen darf Bildung immer nur das lehren, was einigen wenigen dient, was allen dient und vielleicht ein echter Fortschritt wäre, ist und bleibt ein Tabu. Und zu guter Letzt, dürfen Studierende nicht ihre Lehrenden aus den Augen verlieren.

Durch die Hochschulautonomie wurden die Hochschulen aus der Kontrolle des Landes entlassen. Und somit wurden auch viele Angestellte der Hochschule aus dem Tarifvertrag des Landes entlassen. Die Lehre verkommt zum Niedriglohnsektor – das ist zwar noch nicht beim Dozenten/in vor dir angekommen, aber frag mal die nicht wissenschaftlichen Angestellten.



Bildung geht anders!

Deswegen fordert DIE LINKE:

- Hochschulen in Verantwortung - gesellschaftliche Mitbestimmung gewährleisten
- mehr Geld für die Hochschulen
- Anpassung der BAföG-Sätze an Realbedarf
- Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (=Elternfreibetrag) im BAföG
- Rückführung des Hochschulpersonals in den öffentlichen Dienst
- prekäre Arbeitsverhältnisse an Hochschulen beenden – menschenwürdige Jobs schaffen
- Implementation der Zivilklausel ins Hochschulgesetz
- Masterplatzgarantie für alle, die wollen
- bezahlbaren Wohnraum schaffen

Randnotiz: Raummangel beseitigen ist nicht alles!

Das TiN, das Theater am Nordpark, war ein Ausweichquartier für das Stadttheater in Rheydt - schon damals eine Fehlplanung. Es war klar, dass dadurch nicht nur die Zahlen der Besucher sinken, sondern auch, dass das Gebäude nach der Übergangsnutzung eine teure Altlast für die Stadt wird. Jetzt soll das gleiche Gebäude ein neues Übergangsquartier werden, und zwar für Studierende. Gute 7 km vom eigentlichen Campus entfernt will die HSNR da „kurzfristig große Räume für das Grundstudium, speziell für Klausuren“ schaffen.

Doch noch ist nichts spruchreif, auch die Gebäude des Monforts-Gelände sind noch eine Option für die Verwaltung. Da ist die Pleite noch gar nicht besiegelt und viele

ArbeiterInnen kämpfen noch um ein Überleben, da wird ihr Gelände schon zum Spekulationsobjekt.

Für die Studierenden wäre das sicher die bessere Lösung. Nur ist es überhaupt eine Lösung?

Die Platznot ist das eine, aber noch so viel Raum löst doch nicht die Betreuungs-Problematik! Fehlende Lehrkräfte und mangelnde Ausstattung werden doch nicht durch zusätzlichen Platz alleine beseitigt. Was ist ein leerer Hörsaal ohne DozentInnen?!

Die Hochschulverwaltung sollte mal langsam Expansion als ein reines mehr an Studierenden stoppen. Erst die Bedingungen schaffen, dann die Studierenden holen, so muss der Weg sein.

+ + + + Ab Januar 2012 fällt Pfändungsschutz weg! + + + +**Jetzt P-Konto eröffnen!**

Das Jahr 2012 steht vor der Türe und mit ihm wieder eine ganze Reihe an Veränderungen, welche in der Regel für Hartz IV Empfänger nichts Gutes bedeuten. Eine davon betrifft den Wegfall des § 55 SGB I, den Pfändungsschutz. Denn wer von den kargen Leistungen nach dem SGB II, also Hartz IV, leben muss, kann aufgrund seiner finanziellen Situation schnell in die Lage kommen, sich stark verschulden zu müssen. Es muss nur was kaputt gehen – und kaputt geht in der Regel immer etwas. Das gilt natürlich ebenfalls für Sozialhilfe-Empfänger, ältere Menschen mit kleinen Renten, Niedriglöhner und alle anderen prekär Beschäftigten.

In diesem Falle, wenn dann eine Konfrontation mit dem Gerichtsvollzieher inklusive Pfändung anstand, hatte man immer noch, je nach Bank oder Sparkasse, zwischen 7 und 14 Tagen Zeit, seine Überweisungen wie Miete, Telefon und Strom zu tätigen und das Geld für das alltägliche Überleben abzuheben.

Erst nach dieser Frist konnte die Pfändungsbehörde an das Konto. Dies ändert sich nun zum Stichtag 1. Januar 2012. Durch die Aufhebung des § 55 SGB I, kann jetzt **sofort** und ohne Frist auf das Konto des Betroffenen zugriffen werden. Es spielt auch keine Rolle, ob es sich bei dem Geld auf dem Konto um Hartz IV, Sozialgeld oder Rente handelt. Was drauf ist, wird dann gnadenlos einkassiert.

WICHTIG!!!

Damit der Betroffene nicht ganz schutzlos ist und die Transferleistungen nicht so einfach gepfändet werden können, haben Banken und Sparkassen seit dem Juli 2010 nach Vorgaben des Gesetzgebers zum Schutz von Schuldnern ein **Pfändungsschutz-Konto**, das sogenannte **P-Konto**, eingeführt.

Daher rät die Sozialberatung der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach allen Betroffenen, sich **umgehend** bzw. noch **vor dem Jahreswechsel** mit ihren Banken und Sparkassen in Verbindung zu setzen und ihr Giro-Konto in ein **P-Konto** umwandeln zu lassen.

Das P-Konto ist kein neues Giro-Konto. Es wird lediglich die Form in P-Konto geändert. Kontonummer und Bankleitzahl bleiben erhalten. Auch auf Kontoauszügen oder Bankvermerken wird sich kein Hinweis finden lassen, dass es sich um ein P-Konto handelt. Die Tarife für das P-Konto sind handelsüblich und bewegen sich im jetzigen Bereich der Kontoführungsgebühren.

Übrigens:

Normalerweise müssen Banken und Sparkassen dem Kunden diese Veränderung mitteilen. DIE LINKE. MG empfiehlt aber, nicht erst zu warten, bis Post ins Haus flattert, sondern sofort nach Kenntnis dieser neuen Regelung des Pfändungsschutzes über das P-Konto, selbiges zu beantragen.

Mit dem neuen P-Konto fällt auch die 7 bzw. 14 Tagefrist weg! Das bedeutet einen 4 Wochenschutz für das Guthaben auf diesem Konto bis zu einer Höhe von **1028,89 €**. Denn gleichzeitig wurde ebenfalls der pfändungsfreie Betrag ab dem **ersten Juli 2011** erhöht und liegt jetzt bei 1028,89 € (für 1 Person).

Die Banken und Sparkassen **müssen** seit dem 01.07.2010 auf Wunsch das Konto **umwandeln**, da Bank- und Sparkassenkunden darauf einen **Rechtsanspruch** haben (**§ 850k VII ZPO**). Daher nochmal zur Verdeutlichung: **Pfändungsschutz gibt es ab dem 01.01.2012 nur noch auf einem P-Konto!**

Die komplette Pfändungstabelle kann man im Internet über die folgende Seite einzusehen:

<http://www.sozialleistungen.info/fin/schulden/pfaendungstabelle.html>

+ + + + + JHQ – Gestern – Heute – Morgen + + + +

Nur wenige werden sich erinnern, wie es früher aussah in dem Bereich, welcher aktuell noch das JHQ beherbergt. Es war ein wunderschönes Waldgebiet mit gesundem Baumbestand und intakter Flora und Fauna. Alle wissen, das 470 Hektar große Areal wurde nach dem Krieg von den alliierten Streitkräften über Nacht annektiert, um das Joint Headquarter für seine Soldaten und deren Familien darauf zu errichten, wie wir es seitdem bis heute kennen. Es handelt sich hier um eine gut abgeschirmte eigene Stadt innerhalb des Stadtgebiets Mönchengladbach. Die meisten Menschen wissen gar nicht, wie es dort drin aussieht und kennen es auch nicht anders, als dieses Gebiet zu umfahren bzw. zu umgehen. Es gehört halt nicht wirklich dazu. Nun werden die letzten Soldaten mit ihren Familien 2014 dort abziehen und es muss eine Lösung für dieses große Areal her. Die BIMA als Eigentümerin des Gebietes würde der Stadt Mönchengladbach gerne den Bestand von etwa 2.000 Gebäuden

verkaufen, um diese als Wohneinheiten weiter zu nutzen. Jedoch ist ein entsprechender Wohnungsbedarf gar nicht vorhanden. Zudem sind die Gebäude, sofern überhaupt noch nutzbar, in einem energetisch höchst defizitären Zustand, so dass ein hoher finanzieller Aufwand für die Sanierung und Modernisierung auf die Stadt zukommen würde. Die Infrastruktur im Strom-, Wasser- und Telekommunikationsbereich auf dem Areal entspricht ebenfalls nicht den Bedingungen einer privaten Nachnutzung und auch hier würde es hoher Investitionen bedürfen. Für DIE LINKE. Mönchengladbach ist eine solche Nachnutzung völlig abwegig. Wir fordern einen Rückbau des Geländes. Neben dem somit entstehenden Naherholungsgebiet, könnte dort ein Energiepark für erneuerbare Energien etabliert werden. Damit einher könnten entsprechende Forschungseinrichtungen gehen, die möglicherweise sogar von Land und Bund gefördert werden könnten.

Denn es gibt durchaus noch einen hohen Forschungsbedarf im Bereich Öko-Energie, da ist das Potential längst noch nicht ausgereizt. Für so eine Nutzung bietet sich aus unserer Sicht das Gelände aufgrund seiner Abgeschiedenheit geradezu an, denn wen soll beispielsweise der Windschatten eines Windrades dort stören?

Martin Selt

Bezirksvertreter
Stadtbezirk West

Mitglied im Planungs-
und Bauausschuss

0171/44 58 309
martin-selt@t-online.de



Rettung der Menschen oder Rettung der Banken?

Überall wird seit Wochen und Monaten gemeldet, dass die Schulden der Griechen mit unseren Steuergeldern bezahlt werden. Wer nun glaubt, dass diese Gelder bei den Griechen landen, der irrt.

Der überwiegende Anteil der nächsten „Rettungs“-Tranche für Griechenland geht an die europäischen Banken und die Europäische Zentralbank – EZB. Das sind Zinszahlungen, die die Griechen den Banken schulden. Nur 19% verbleiben für ihren nationalen Haushalt.

Somit handelt es sich nicht um eine Rettung der griechischen Bevölkerung, sondern der europäischen Banken, die die griechische Regierung, trotz bekannter Probleme, immer weiter mit Krediten versorgt haben.

Nun sollen über ehemalige EZB Bedienstete in Griechenland und auch in Italien drastische Sparkurse durchgesetzt werden. Wohl gemerkt, diese Herren sind nicht von der Bevölkerung gewählt worden.

Bei den Plänen, die nun umgesetzt werden, fehlt eine Finanzquelle.

Nämlich die Heranziehung von Banken und Unternehmern, die an der Krise verdient haben. Mönchengladbach ist auch hoch verschuldet - 1,3 Milliarden EUR. Zurzeit muss die Stadt pro Jahr 10 Millionen EUR dafür an Zinsen zahlen. Aufgrund des niedrigen Zinssatzes muss man sagen - nur. Sobald die Zinsen steigen, werden es 30 oder 40 Millionen EUR sein, wie schon vor einigen Jahren. Genauso wie Griechenland wird auch Mönchengladbach seine Schulden nicht allein bezahlen können. Das liegt nicht daran, dass die Mönchengladbacher auf zu großem Fuß leben. Das liegt daran, dass Mönchengladbach Aufgaben erfüllen muss, ohne dafür das notwendige Geld vom Land oder vom Bund zu bekommen. Und dann ist die Stadt gezwungen, Kredite bei Banken aufzunehmen, die Mönchengladbach allein gar nicht zurückzahlen kann. Was wir brauchen ist eine grundsätzliche Änderung der Politik, im europäischen Maßstab und auch bei uns. Öffentliche Haushalte müssen von der Abhängigkeit der Kapitalmärkte befreit werden.

Europaweit müssen die angeschlagenen Staaten die Möglichkeit bekommen, über eine öffentliche Bank zinsgünstige Kredite zu bekommen. Dabei muss die EZB mitwirken. Gleichzeitig muss der Schuldenstand in den Ländern durch eine Beteiligung der Banken und privaten Gläubiger sowie durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre drastisch gesenkt werden.

Helmut Schaper

Ratsherr

Mitglied im
Haupt-, Finanz- und
Rechnungsausschuss

02166 – 18 68 32
helmut.schaper@
die-linke-mg.de



Demnächst auch vor ihrer Haustür: Castortransport

Wieder einmal wurde ein Castortransport mit massivem Polizeiaufgebot quer durch Europa geboxt. Und wieder einmal hat die Atomlobby ganz brav die Kosten für ein Begleitfahrzeug übernommen, die eigentliche Zeche zahlen aber wieder die BürgerInnen – und das doppelt:

Zum einen mit ihren Steuergeldern, zum anderen mit dem Risiko dieses unnötigen Transports.

Es gibt derzeit kein Endlager, sondern nur die Erkenntnis, dass der Salzstock in Gorleben gänzlich ungeeignet ist. Und wer den Untersuchungen nicht traut, schaut sich eben ganz praktisch die Asse an: Abgesoffen!

Was griechische Unternehmer an Kapital ins Ausland geschaffen haben, übersteigt bei weitem die gesamten griechischen Schulden. Und Mönchengladbach braucht auch eine Entlastung in ähnlicher Form. Bund und Land müssen für die Aufgaben, die sie der Stadt aufgebürdet haben, bezahlen. Und gleichzeitig muss bei Bund und Land ein Fonds zur Entschuldung der Kommunen gebildet werden. Auch bei uns kann eine Vermögensabgabe Segen bringen - für die Bevölkerung, nicht für die Banken.

Deshalb stimmt es mich optimistisch, dass immer mehr Menschen die Verursacher der gegenwärtigen Krise erkennen und sich in der „Occupy“ Bewegung mit Aktionstagen gegen die wirtschaftliche und politische Macht der Banken engagieren.

Nun sind die Zwischenlager – egal ob Gorleben oder Ahaus – aber nur einfache Hallen, wie es sie auch an den Atomkraftwerken selber gibt. Also macht es aus Sicherheitsaspekten keinen Sinn, den gefährlichen Atom Müll von A nach B zu fahren. Im Gegenteil, jeder Transport stellt ein zusätzliches Risiko dar.

Deswegen wird sich DIE LINKE weiterhin gemeinsam mit den Bürgerbewegungen gegen die Castortransporte stellen.

Torben Schultz
für den
Strahlzug
unterwegs



Und zwar solange, bis das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet ist. Jedes Jahr wird weiterhin radioaktiver Müll produziert, für den wir kein Endlager haben.

Die Bedrohung rückt näher

Ab 2012 werden auch in direkter Umgebung von Mönchengladbach Castortransporte Rollen, und zwar vom Forschungsreaktor Jülich nach Ahaus. Auch hier der gleiche Irrsinn wie im Wendland: Der Atommüll kann genauso sicher bzw. genauso unsicher, in Jülich verbleiben, bis es ein Endlager gibt.

Deswegen hat die Linksfraktion im Rat der Stadt schon im Dezember 2009 entsprechende Anfragen gestellt und weitere folgten. Auch wenn die Transportstrecke noch nicht feststeht und auch bis zum Transport selber

geheim gehalten wird, fest steht: Der Transport wird die Region Mönchengladbach streifen, möglicherweise sogar über das Autobahnkreuz Wanlo rollen. Leider haben weder die Verwaltung, noch die anderen Parteien, die Bedrohung vor der eigenen Haustür ernst genommen. Umso wichtiger ist es, den Druck auf der Straße zu erhöhen, in Mönchengladbach arbeitet daran seit weit über einem Jahr das überparteiliche Bündnis Strahlzug.

Wenn Sie Interesse haben, sich in der Anti AKW Bewegung zu engagieren, dann finden Sie hier Kontakt zu den Aktiven vor Ort:

www.strahlzug.de
demo@strahlzug.de
 02166/6736576

Sozialberatung und mehr:

Jeden Donnerstag und Freitag bietet DIE LINKE. Von 10:00 bis 12:00 Uhr eine Sozialberatung an. Und jeden letzten Donnerstag im Monat gibt es zum Reden und Austauschen über die eigenen Erfahrungen ein kostenloses Frühstück. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!

Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG/Tomas Hochhardt
 Hauptstraße 2
 41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43

Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-mg.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.